Tageblatt für Politik. Unterhaltung. Geschäftsverkehr. Börsenbericht. Fremdenliste.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang. Aufl. 52,000 Stück.

Unsere Annoncen-Expedition befindet sich 6 Wilsdruffer Strasse 6 (neben der Dresdner Bank u. Victoria-Hotel goldner Engel). Haasenstein & Vogler, A.-G., Dresden.

Dresden, 1891.

Julius Beutler, Dresden, Wallstraße 13, empfiehlt in grösster Auswahl: Eiserne Oefen und Herde. Haus-, Küchen- und Landwirthschafts-Geräthe.

Lederwaaren-Specialität! Damentaschen. — Reise-Artikel. Photographie-Albums etc. Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 3.

Atelier für feine Corsets. Heinrich Plaul, Dresden, Wallstr. 25.

Dr. Kles' Diätetische Heilanstalt Dresden-N., Bachstr. 8. Diätetische Heilverfahren (... Schroth'sche Kur.) Prospecte frei.

Lodenjoppen, Schilfleinenjoppen, Lüster-Jaquets empfiehlt in grösster Auswahl zu billigsten Preisen Jos. Fiechtl aus Tirol, Schloss-Strasse 23.

Nr. 147. Spiegel: Wiederzusammentritt des preuß. Landtags. Getreidehausse. Hofnachrichten. Landessynode. Keramische Ausstellung. Gewerbe. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Lotterieliste. „Feuilleton".

Mittwoch, 27. Mai.

Politisches.

Gleichzeitig mit der sächsischen Landessynode ist gestern in Berlin der preußische Landtag wieder zusammengetreten. Wenn der in der Körperschaft, welche über das Wohl und Wehe unserer Landeskirche zu berathen haben wird, nach Lage der Dinge irgendwie unheilbare Parteigegensätze schwerlich zum Ausdruck gelangen dürften, da kaum anzunehmen ist, daß in wichtigen Lebensfragen eine Reform begonnen werden wird, so werden in dem mehr als stürmischen Hause am Berliner Dönhoffsplatze nicht nur die letzten Verhandlungen über die „Reformgesetze", sondern auch die von einzelnen Abgeordneten und Parteien beabsichtigten Interpellationen und Anträge ein weit über die preußischen Landesgrenzen sich ausdehnendes Interesse in Anspruch nehmen. Selbst wenn man von den Extrabeilagen absehen wollte, bietet schon das Hauptblatt des dem Landtage zugewiesenen Pensums einen recht behäbigen Umfang. In allererster Linie muß der Staatshaushaltsetat endgiltig festgestellt werden, dessen Berathung, wie es bei der Redseligkeit einzelner Herren erklärlich ist, nicht das vorschriftsmäßige Ende am 1. April gefunden hat. Bei dieser Gelegenheit werden denn auch wohl die Herren Freisinnigen die Frage des Welfenfonds wieder zur Sprache bringen, in deren Erörterung sie durch Herrn von Caprivi derart überrumpelt worden waren, daß der streitbare, mit dem Bärenfelle unsagbarer Grobkörnigkeit umkleidete Herr Eugen Richter erst mühsam herbeitelephonirt werden mußte, um den Fortschrittskarren aus dem Sumpf zu zerren. Jetzt wird nun eine große Staatsaktion vorbereitet, durch welche in jedem Falle die politische Brunnenvergiftung durch Richter'sches Stimmchen weiter befördert werden soll. Patriotische Erwägungen werden bei dem Feldzuge der Demokratie gegen Kaiser Wilhelm den Ersten und seinen großen Berather — hierauf läuft das Ganze hinaus — ebensowenig den Busen der freisinnigen Phalanx durchziehen, als die Rücksicht darauf, daß weite Volksmassen von solchem Treiben längst im Uebermaße angewidert wurden. Eine zweite, bedeutsamere Frage wird voraussichtlich beim Etat des Justizministeriums angeregt werden. Es wurde neulich mitgetheilt, daß von Seiten des preußischen Ministers ein Erlaß an die Gerichte gegangen sei, der die Aufforderung enthält, bei einzelnen Verstößen gegen das Strafgesetz, wie namentlich Religionsverspottungen und Beleidigungen gegen Geistliche, die volle Strenge des Gesetzes in Anwendung zu bringen. Es ist natürlich, daß dieser Erlaß ein gewisses, unliebsames Aufsehen erregte, da ja schließlich hierin eine unerlaubte Beeinflussung des verfassungsgemäß völlig unabhängigen Richterstandes liegt. Die Verfügung wird auf die Einflußnahme des Kaisers zurückgeführt, eine Annahme, die um so näher liegt, als derselbe erst kürzlich sehr nachdrücklich dagegen Einspruch erhob, daß Strafen, die aus Unterlassungssünden bei Anwendung erforderlicher Schutzmaßregeln für Arbeiter erfolgten, einfach mit Geld abgemacht würden. So sehr man nun bei dem heute vielfach auftauchenden Religionshaß ein strenges Vorgehen gegen Religionsfrevler wünschen möchte, so wird doch gerade die konservativ-monarchische Tradition, daß der Herrscher als oberster Hüter der Gesetze sich von jeder Einmischung in die Rechtsprechung fern zu halten habe, in solchen Fällen in Frage gestellt. Wenn demgemäß die Ziele des kaiserlichen Eintretens auch durchaus zu billigen sind, so kann man doch lediglich einen Fehlgriff in den aufgewendeten Mitteln konstatiren, der um so leichter zu repariren ist, als die Adresse der betreffenden Erlasse eben nicht die Richter, sondern die berufsmäßigen Vertreter der Anklage, die Staatsanwälte, zu bilden hätten.

An größeren Vorlagen wird es im weiteren Verlauf der Verhandlungen nicht fehlen, und mehr als einmal dürften bei diesen die Gegensätze hart aneinander gerathen. In erster Linie steht die Landgemeindeordnung, welche durch die Beschlüsse des Herrenhauses einige dankenswerthe Verbesserungen in konservativem Sinne erfuhr, noch immer zur Diskussion. Hier wird es sich zeigen müssen, ob die Staatsregierung die nöthige Autorität besitzen wird, den Widerstand der Abgeordneten aus der Welt zu schaffen und dadurch die Entstehung eines neuen Konfliktes zwischen beiden Häusern zu verhindern. Es wäre dies, auch wenn man in dem neuen Gesetze gerade keine besonders glückliche That erblicken kann, schon deshalb zu wünschen, damit das in seinen Folgen überaus wichtige Rentengütergesetz, welches hoffentlich ein Correlat gegen die in der Landgemeindeordnung erfolgte Begünstigung der nicht seßhaften Bevölkerung bilden wird, zur endgiltigen Verabschiedung gelangen kann. Denn gerade Preußen hat allen Grund, in der Behandlung seiner ländlichen Bevölkerung einmal Maßregeln zu schaffen, welche dem durch die Mißernten, durch stets erneute, schwere Lasten bedrückten, durch systematische Auswucherung an vielen Stellen auf das Aeußerste bedrängten Landmann zu Gute kommen. Einen ganz besonders pikanten Beigeschmack endlich wird die Berathung der Sperrgeldervorlage besitzen; hier hat der neue Kultusminister und frühere Major von Zedlitz die erste, allerdings auch ungemein schwierige Probe seines diplomatischen Talentes in einer Frage abzulegen, über welche doch schließlich selbst der vielgewandte, vor kleinen Widersprüchen absolut nicht zurückschreckende Hr. von Goßler zu Falle kam. Hr. v. Zedlitz hat allerdings vor seinem Vorgänger die Annehmlichkeit voraus, daß er in dieser mißlichen Frage durch keinerlei Stellungnahme nach der einen oder anderen Seite kompromittirt ist, daß er also nicht zu befürchten hat, von rechts und links und aus dem Centrum bei seinen halsbrecherischen Deduktionen mit Hohnlachen empfangen zu werden. Ob er siegreich sein, d. h. ob er es ermöglichen wird, die Zustimmung des Landtags zur Auslieferung des 16-Millionen-Sperrfonds an die kirchlich-katholischen Behörden zu erlangen, ist um so mehr zu bezweifeln, als sich eine ganze Anzahl von Freikonservativen und Konservativen finden dürfte, die im Verein mit den Nationalliberalen ihre Ueberzeugungstreue höher schätzen, als die Wurst, welche sie durch einen neuerlichen Sprung über den Stock erschnappen könnten.

Während der Tagung des preußischen Landtages genießen unsere Reichsboten die nur theilweise wohlverdienten Ferien. Sonst würde uns sicherlich der Genuß einer enormen Getreidezoll- und Brottheuerungs-Debatte nicht erspart bleiben. Eine gewisse Berechtigung wäre derselben sicherlich nicht abzusprechen, wenn auch bei der namentlich von der Freihandelspartei beliebten, tendenziösen Ausnutzung der wirthschaftlichen Mißlage für politische Zwecke nichts Handgreifliches herauskäme. Daß die Verhältnisse auf dem deutschen Getreidemarkte thatsächlich überaus mißlich sind, wird Niemand leugnen können, wohl aber wird man immer erneuten Einspruch dagegen erheben müssen, daß eine wesentliche Schuld hieran die Getreidezölle trifft. Wenn die einheimischen Konsumenten und nicht das Ausland diese Zölle zu zahlen hätten, welchen Grund hätte dann wohl Oesterreich, so sehr auf eine Herabsetzung unserer Zölle zu dringen? Nur der Zollplackereien halber? Das glaubt doch wohl kein Mensch, der nicht durch die Brille der Getreidejobber sieht. Den Haupteinfluß auf die gegenwärtige Brottheuerung üben ganz andere Umstände. Selbst manchesterliche Blätter gestehen es ein, daß ein Theil der Brotpreissteigerungen „durch die Erhöhung des Weltmarktpreises für Getreide" veranlaßt und daß nur „ein Theil auf den hohen, deutschen Roggenzoll zurückzuführen sei". Dieses Geständniß hat seinen Werth, wenn auch der zweite Theil des citirten Satzes lediglich dem staubigen Papierkorbschatze veralteter Weisheit entnommen ist. Denn soviel muß doch nachgerade dem Blindesten klar sein, daß eine Aufhebung unserer Zölle nur Rußland, Oesterreich und der Börsenspekulation zu Gute käme, daß wir Deutsche von ihr nichts weiter hätten, als daß unsere Einnahmen kolossal vermindert und neue Steuern eingeführt werden müßten. Soviel muß klar sein, daß eine Steigerung der Getreidepreise, wie wir sie jetzt leider zu verzeichnen haben, nicht im Entferntesten durch Herabsetzung der Zölle nachdrücklich beseitigt werden kann. Denn selbst eingefleischte Freihändler müssen zugeben, daß die hohen Preise durch ganz andere Umstände heraufbeschworen worden sind, welche denn doch anders wirken als irgend welche Zölle. Es sind eben im Inlande einfach keine Vorräthe mehr vorhanden, dieselben sind vollständig aufgezehrt, wie man sich seit Jahrzehnten nicht erinnern kann und zugleich wird durch die Börsenspekulation der Preis bis zur nächsten Ernte unnatürlich in die Höhe getrieben. Wäre nicht eine Bewegung aus Rußland vorhanden, so stünden wir vor den allerbösesten Kalamitäten. Diese treffen aber nicht Deutschland allein; in der gleich üblen Lage befinden sich auch die Länder mit niedrigeren Zöllen und selbst Länder mit weit stärkerem Getreidebau als wir haben, vor Allem Frankreich und Oesterreich-Ungarn. In Pest und in verschiedenen Theilen Süddeutschlands haben die Mühlen bereits ihren Betrieb gänzlich einstellen müssen, weil es ihnen vollständig an Material fehlt. Der Grund der allgemeinen Kalamität, unter der wir leiden, ist einerseits darin zu suchen, daß bei den früheren guten Ernten große Massen von Getreide zu Spiritus verbrannt oder verfüttert wurden, andererseits aber auch darin, daß diese Mißernte durch eine gute Ernte im letzten Jahre nicht wett gemacht werden konnten. Daher verspricht man sich auch in Frankreich, wo soeben die Kammer eine Herabsetzung des Getreidezolles für die Zeit vom 1. August d. J. bis zum 1. Juni 1892 von 5 auf 3 Frcs. beschloß, von dieser Maßregel keinen irgendwie nennenswerthen praktischen Erfolg. Entschlösse sich auch die Reichsregierung zu einer ähnlichen Maßnahme, so würde man gut thun, keine goldenen Luftschlösser zu bauen, sintemalen sich alsbald herausstellen dürfte, daß die Getreidezölle keine Preissteigerung veranlaßten, daß die Aufhebung derselben also auch keinen Preisrückgang herbeiführen wird.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 26. Mai.

Berlin. Beim Festessen auf der landwirthschaftlichen Ausstellung zu Stralsund sagte Minister v. Bötticher im Hinblick auf den österreichischen Handelsvertrag: Wenn auch die neuen Handelsverträge das Maß des Schutzes, welches die Landwirthschaft bisher genossen, nicht aufrecht erhalten können, so ist man doch lange nicht berechtigt zu der Annahme, daß die Landwirthschaft geschädigt werde. Weiter sagte er, der politische Horizont ist klar und rein. Meines Erachtens ist nirgends ein vernünftiger Grund zu finden, um mit uns anzufangen und wir werden niemals anfangen. — Die „Hamburger Nachrichten" bestreiten, daß die „Nowoje Wremja" ein Organ der russischen Regierung sei. Sie sei vielmehr ein in französischen und Berliner fortschrittlichen Händen befindliches Unternehmen. In der Hauptsache diene es französischen Interessen. — Am Donnerstag tritt der Siebener-Ausschuß zur Vorberathung der Reform des höheren Schulwesens unter Geh. Rath Hinzpeter's Vorsitz wieder zusammen, um über die Abgrenzung der Lehrpensa und Schulhygiene zu berathen.

Berlin. In Landtagskreisen verlautete heute, es wären Verhandlungen mit dem Staatsminister v. Bötticher im Gange, um denselben für die Leitung der Central-Bodenkreditgesellschaft zu gewinnen, die ihren bisherigen Direktor Rüdorff durch den Tod verloren hat.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus berieth heute den Etat in dritter Lesung. Finanzminister Dr. Miquel bestätigte, daß die Ueberschüsse der Eisenbahnverwaltung im letzten Etatsjahre gegenüber dem Etatanschlag um 22 bis 23 Millionen zurückgeblieben seien. Den Mehreinnahmen von 31½ Millionen stehen Mehrausgaben in Höhe von 65 Millionen gegenüber, die sich aber durch Ersparniß u. s. w. noch ermäßigen. Richter verlangte, daß die Eisenbahnverwaltung ihren Kohlen- und Schienenbedarf aus Ersparnißrücksichten mehr aus dem Auslande decke. Auch Graf Kanitz (kons.) sprach gegen die Kohlenringe, welche die Kohlen ungebührlich vertheuerten. — v. Eynern und Schmieding vertheidigten die Vereinigungen der Kohlenbergwerksbesitzer gegen die Angriffe der neuen Vereinigung von Demokraten und Junkern. — Rickert brachte den Fall der tödtlichen Verletzung von Personen an der deutsch-österreichischen Grenze zur Sprache. Minister Dr. Miquel theilte mit, daß nach den bisherigen Untersuchungsergebnissen die Beamten nur ihre Pflicht gethan.

Köln. Die Artilleriewerkstatt zu Köln entließ eine Anzahl Arbeiter, die sich am 3. Mai an dem sozialdemokratischen Umzuge betheiligt hatten. — In Deutz verbrannte ein Knabe infolge Explosion eines Petroleumofens.

Breslau. Das große Detailgeschäftsetablissement Grabschen ist mit sämmtlichen Vorräthen niedergebrannt. Der Schaden ist enorm.

Frankfurt a. M. Die demokratische Volkspartei hat die Einladung zur Theilnahme an dem hier stattfindenden südwestdeutschen freisinnigen Parteitag abgelehnt.

Hamburg. Der Dampfer „Ariadne", der früh nach Helgoland abging, erlitt bei Finkenwerder auf der Elbe einen Maschinenschaden und mußte zahlreiche Passagiere an's Land setzen.

Wien. Die Kommission für den deutsch-österreichischen Handelsvertrag verständigte sich über den Modus der Berathungen und trat dann in die sachlichen Verhandlungen ein. Das Fremdenblatt warnt vor optimistischer Auffassung und überraschender Abwickelung, da die letzten Schweizer Zollerhöhungen schwierige Erörterungen veranlassen dürften.

Prag. Die czechischen Studenten, welche an dem Ueberfall des Berliner Ausstellungsgastes betheiligt waren, boten diesem einen Ausgleich an, der jedoch mit dem Bemerken abgelehnt wurde, daß sich die Angelegenheit bereits bei der Behörde befinde.

Preßburg. Infolge Uebermuths von Arbeitern entgleiste auf der gräfl. Palffy'schen Fabrikbahn ein Zug. Sieben Arbeiter wurden getödtet.

Paris. Die Omnibusgesellschaft ließ früh wieder eine Anzahl Wagen ausziehen. Dieselben wurden meist gleich bei der Ausfahrt von den Streikenden angehalten und mußten nach den Depots zurück. Die wenigen Wagen, denen die Ausfahrt gelang, wurden später von den Streikenden gestürmt, die Pferde abgeschirrt und die Kutscher und Kondukteure gemißhandelt, aus den Fenstern mit Wasser begossen, mit unsauberen Gegenständen beworfen und zum Theil blutig geschlagen. Dabei kam es mehrfach zu ernstlichen Zusammenstößen zwischen Polizei und Streikenden. Mehrere Tumultuanten wurden verhaftet. Infolge des Streikes sanken gestern die Einnahmen der Theater auf die Hälfte herab.

Paris. Der Ministerrath berieth heute über Maßregeln in dem Fall, daß die Omnibuskompagnie infolge andauernden Streiks ihre Konzession verlieren sollte. Heute früh fanden 80 Verhaftungen statt. — Die Kammerkommission für die Arbeiterfrage beschloß, daß öffentliche Verkehrsanstalten ihre Angestellten nicht länger als 12 Stunden täglich beschäftigen dürfen.

Mailand. Der Baumaterialienlieferant Massin in Viterbo stellte die Zahlungen ein. Passiva 1,1 Million.

Bern. Die deutsche Reichsregierung hat den in Zürich wohnenden Dr. Hans Schinz, einen als Forscher berühmten Schweizer, als wissenschaftlichen Leiter einer Afrika-Expedition nach Baghirmi in Centralafrika berufen, um mit den Fürsten der Umgebung des Tsad-Sees freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen.

London. Nachrichten aus Odessa zufolge dauern die Judenausweisungen aus Rußland fort. Der Zar soll entschlossen sein, sämmtliche Juden aus Petersburg, Moskau und Odessa zu vertreiben, da der südrussische Handel, namentlich der Getreidehandel, vorwiegend in den Händen der Juden sei, die sich bereicherten, während die Ackerbauer und Landbesitzer immer ärmer würden. — Meldungen aus Chicago zufolge protestiren alle dortigen jüdischen Wohlthätigkeitsvereine gegen die Einwanderung russischer Juden. Der Protest dieser Vereine wird sämmtlichen Judenhilfsvereinen Europas zugesandt werden mit dem Bemerken, daß Chicago bereits überreich an Juden ist.

Madrid. Ausständige Arbeiter in La Coruna nöthigten die Gendarmerie zum Einschreiten, wobei einige Arbeiter verwundet wurden.

Shanghai. Die von der Methodisten-Mission in Nanking geleitete Mädchenschule wurde in Brand gesteckt und geplündert. Auch andere Missionen wurden von der Bevölkerung angegriffen, doch gelang es, letztere zu zerstreuen. — Das englische Kriegsschiff „Porpoise" ging nach Nanking ab, auch wurden chinesische Truppen dorthin entsandt.

Die **Berliner Börse** eröffnete ziemlich fest. Diskonto-Kommandit, Franzosen und einzelne Kohlenaktien waren belebt. Deutsche Bahnen schwach, ebenso Skrips. Fremde Fonds erholt. Böhmische Bahnen gut behauptet. Später vollzog sich auf diesseitige und lokale Verkäufe eine erhebliche Abschwächung. Diskonto-Kommandit rückgängig. Ostpreußen und Marienburger stark angeboten und weichend. Lombarden auf Wiener Käufe steigend. Nachbörse beruhigt. Im Kassaverkehr Banken, deutsche Bahnen sowie Bergwerke schwach, Brauereien angeboten, österreichische Prioritäten und Bahnen behauptet. Privatdiskont 2¾ Proz.

Wetter: Vorwiegend bedeckt, kühl, windig, Nordwestwind.

Frankfurt a. M. (Abendb.) Credit [illegible]. Franzosen [illegible]. Lomb. [illegible]. Galizier —,—. Egypter —,—. 4proz. Ung. Goldr. [illegible]. Diskonto [illegible]. Dresdn. Bk. [illegible]. Laura —. Gelsenkirchen —. Fest.

Paris. Schluß. Rente [illegible]. Anleihe [illegible]. Italiener [illegible]. Staatsbahn [illegible]. Lombarden [illegible]. do. Prioritäten —. Spanier [illegible]. Egypter [illegible]. Ottomanen [illegible]. Goldrente [illegible]. Fest.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Mai [illegible], per Sept.-Dez. [illegible], fest. Spiritus per Mai [illegible], per September-December [illegible]. Rüböl per Mai [illegible], per September-December [illegible], ruhig.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per November [illegible]. Roggen per Mai [illegible], per October [illegible].

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der **König** trifft morgen früh von Sibyllenort hier ein, nimmt an der Frohnleichnamsfeier in der katholischen Hofkirche theil und kehrt am Freitag Abend nach Sibyllenort zurück.

— Unter den zahlreichen Glückwunschtelegrammen, die Sr. Königl. Hoheit Prinz **Friedrich August** vorgestern anläßlich seines Geburtstages erhielt, befand sich auch ein solches von Sr. Majestät dem deutschen Kaiser, das in sehr herzlichen Worten gehalten ist.

— Se. Königl. Hoheit Prinz **Friedrich August** trifft am 1. Juni Mittags mit Herrn Rittmeister Freiherrn von Lindemann in Chemnitz ein, woselbst bekanntlich die 25jährige Wiederkehr des Tages festlich begangen wird, an welchem Sr. Königl. Hoheit das Infanterieregiment „Prinz Friedrich August" Nr. 104 verliehen wurde. Auf dem Bahnhofe, der Festschmuck anlegen dürfte, findet militärischer Empfang statt. Der Prinz begrüßt alsdann das im Kasernenhof aufgestellte Regiment. Hieran schließt sich Festaktus mit Prolog im Unteroffizierskasino. Das Offizierscorps mit den höheren Stäben vereinigt sich zum Festmahl, während für die Unteroffiziere und Mannschaften im besonders hergerichteten Exercierhause Festspeisung stattfindet. Se. Königl. Hoheit kehrt Abends nach Dresden zurück.

— Der Eröffnung der **fünften ordentlichen Landessynode** ging gestern morgen 9 Uhr ein Gottesdienst in der Sophienkirche voraus, welchem die Mehrzahl der Synodalen beiwohnte. Die Predigt hielt Herr Oberhofprediger und Vicepräsident des evan-